

Beschluss des Regierungsrates über die Genehmigung von Anschaffungen und Arbeitsvergaben in subventionierten Krankenhäusern

(Aufhebung vom 5. September 2012)

Der Regierungsrat beschliesst:

I. Der Beschluss des Regierungsrates über die Genehmigung von Anschaffungen und Arbeitsvergaben in subventionierten Krankenhäusern vom 16. Oktober 1991 wird rückwirkend auf den 1. Januar 2012 aufgehoben.

II. Gegen die Aufhebung des Beschlusses kann innert 30 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, beim Verwaltungsgericht des Kantons Zürich Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und dessen Begründung enthalten.

III. Veröffentlichung dieses Beschlusses und der Begründung im Amtsblatt.

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:
Kägi

Der Staatsschreiber:
Husi

Begründung

Der Regierungsrat setzte bisher gestützt auf § 21 der Verordnung über die Staatsbeiträge an die Krankenpflege vom 26. Februar 1968 (Beitragsverordnung) die frankenmässig bestimmten Grenzen für die von der Gesundheitsdirektion zu genehmigenden Anschaffungen und Arbeitsvergebungen von staatsbeitragsberechtigten Krankenhäusern fest. Mit Beschluss vom 16. Oktober 1991 (RRB Nr. 3544/1991; LS 813.211) passte der Regierungsrat die Grenze für die Genehmigungspflicht letztmals an. Das am 1. Januar 2012 in Kraft getretene Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz vom 2. Mai 2011 (SPFG; LS 813.20) enthält keine Rechtsgrundlage für eine vorgängige Genehmigung von Anschaffungen und Arbeitsvergebungen mehr. Der Regierungsrat hob deshalb mit Beschluss vom 5. Oktober 2011 (RRB Nr. 1230/2011) die Beitragsverordnung auf den 1. Januar 2012 auf. Dem Beschluss des Regierungsrates über die Genehmigung von Anschaffungen und Arbeitsvergebungen in subventionierten Krankenhäusern vom 16. Oktober 1991 fehlt somit seit dem 1. Januar 2012 die Rechtsgrundlage. Da der Beschluss seit Inkrafttreten des SPFG ohnehin nicht mehr angewendet wurde, ist er rückwirkend auf den 1. Januar 2012 aufzuheben.